



Der Krieg und die Wirtschaft

Sehr geehrte Damen und Herren,

Zu Beginn meiner heutigen Kolumne möchte ich folgende Frage stellen: Kann ein Land, das nur 1,7 % zur weltweiten Wirtschaftsleistung beiträgt, das nur knapp 1,8 % der Weltbevölkerung stellt und dessen Einwohner im Schnitt ärmer sind als die in Puerto Rico, kann ein solches Land die Weltwirtschaft in eine Krise ungewissen Ausgangs stürzen? Nach dem Beginn des Krieges, den der russische Staatspräsident Wladimir Putin gegen die Ukraine angezettelt hat, muss man diese Frage eindeutig mit „Ja“ beantworten. Die wirtschaftlichen Auswirkungen des russischen Invasionskrieges zeigen sich auf mehreren Gebieten.

Betrachten wir zunächst die **Landwirtschaft**: Wenn wir an die Ukraine denken, fällt uns sicherlich das Schlagwort von der „Kornkammer Europas“ ein: In der Tat entfallen auf Russland 10 % und auf die Ukraine 4 % der weltweiten Weizenproduktion. Beide Staaten zählen international zu den größten Getreideexporteuren, Russland ist mit rund 17 % weltweit der größte Weizenexporteur, die Ukraine folgt mit rund 12 %. Damit liefern die beiden Staaten zusammen mehr als ein Viertel des weltweit gehandelten Weizens.

Russland hat die Belieferung des Weltmarkts mit Getreide bereits 2020 eingestellt. Die Weizenvorräte in der Ukraine sind durch den Krieg blockiert, und es ist unwahrscheinlich, dass die ukrainischen Landwirte unter den aktuellen Bedingungen säen und ernten können. Die Folgen der Angebotsverknappung werden in erster Linie die arabischen Staaten und andere Länder Afrikas treffen, die traditionell Weizenimporteure sind. Deutschland wird nicht unmittelbar betroffen sein, weil wir einen Selbstversorgungsgrad von über 100 % haben. Aber auch bei uns werden sich die gestiegenen Weltmarktpreise in einer Verteuerung von Backwaren und anderen Lebensmitteln auswirken. An den Ladenkassen ist das bereits deutlich spürbar.

Was als finanzielle Quelle die Grundlage der Militärmacht Russland ist und damit der Faktor, der zwingt, die eingangs gestellte Frage mit „Ja“ zu beantworten, ist der **Energiesektor**. Auf russischem Staatsgebiet befindet sich der weltweit größte Schatz fossiler Rohstoffe: mehr als 6 % der weltweiten Ölreserven und 20 % der weltweiten Erdgasreserven. Insgesamt sitzt Russland auf Rohstoffen im geschätzten Gesamtwert von 65 Billionen Euro. Und Deutschland deckt seinen Energiebedarf durch Importe aus Russland zu 55 % des Erdgases, zu 45 % der Steinkohle und zu 35 % des Erdöls. Diese faktische Abhängigkeit ist der Nährboden, auf dem sich in der aktuellen Situation politische Wunschvorstellungen und die Grenzen ökonomischer Machbarkeit aneinander reiben. In dieser Gemengelage ist Herr Habeck wirklich nicht zu beneiden.

Die gestiegenen Energiepreise sind ein hochgradiger Belastungsfaktor für die deutsche Gesamtwirtschaft, besonders spürbar ist er derzeit an den Tankstellen. Einen **Spritpreis** von deutlich über zwei Euro hatten wir noch nie, und möglicherweise ist das noch nicht das Ende der Fahnenstange. Dabei herrscht auf dem Markt für Treibstoffe große Intransparenz. Was von der Preissteigerung auf den Weltmarktpreis für Rohöl (und damit auf den Einfluss des Ukrainekriegs), auf den gestiegenen Dollarkurs (Rohöl wird in US-Dollar gehandelt), gestörte Lieferketten, höhere Logistikkosten oder Gewinnmitnahmen der großen Ölmultis und

Meschede, März/April 2022

Tankstellenbetreiber sowie letztlich auf die Steuermehreinnahmen des Staates zurückzuführen ist, kann nicht nachvollzogen werden. Interessant ist, dass der **Preis für Diesel** in jüngster Zeit über den **Preis für Superbenzin** geklettert ist. Das hängt wohl damit zusammen, dass Diesel und Heizöl chemisch verwandt sind, und sich viele Haushalte in Befürchtung noch höherer Preise aktuell über den normalen Bedarf hinaus mit Heizöl bevorraten. Der preissteigende Nachfrageeffekt macht den Vorteil geringerer Abgabenbelastung des Diesels kaputt.

Insgesamt haben sich die **Wachstumsaussichten** der deutschen und internationalen Wirtschaft **stark eingetrübt**. Die Hoffnung auf einen Aufschwung nach den Jahren der Corona-Pandemie sind durch den Ukrainekrieg zunichtegemacht worden. Leider haben sich meine Aussagen in den letzten beiden Kolumnen zur Entwicklung von Inflation und Energiepreisen bewahrheitet. Durch den Ukrainekrieg haben sie noch eine weitergehende Dynamik gewonnen. Die Inflationsrate hat in Deutschland im Februar bei 5,1 % gelegen, in der Eurozone bei 5,8 %, im weiteren Verlauf des Jahres kann durchaus eine 6 vorne stehen. Die Entwicklung der Energiepreise ist ohnehin unabsehbar. Das hängt insbesondere davon ab, was aus den deutschen Energieimporten aus Russland wird.

Im Ergebnis haben wir eine Situation, die die Volkswirte als „**Stagflation**“ bezeichnen: eine stagnierende Wirtschaft bei hoher Inflation. Während die Verbraucher die in der Pandemie zwangsweise gebildeten Rücklagen weiterhin festhalten (Vorsichtssparen), kämpft die gewerbliche Wirtschaft mit einem ganzen Bündel von Belastungsfaktoren: weniger Exporte, Unsicherheit durch verschärfte Lieferengpässe, steigende Energie- und Logistikkosten, steigende Preise für Vorprodukte und ein absehbar angespannter Arbeitsmarkt (z. B. fehlen in der Transportbranche die Ukrainer als Fahrer). In den nächsten Monaten werden sich die steigenden Rohstoffpreise durch die Wertschöpfungsketten fressen. Ohne Wohlstandsverluste für uns alle wird es wohl nicht abgehen.

In dieser Situation kommt es mal wieder auf die Notenbank an (nicht nur, aber auch). Werden die Entscheidungsträger der **EZB** (ihrem eigentlichen gesetzlichen Auftrag entsprechend) den Vorrang auf die Inflationsbekämpfung mit der Folge steigender Zinsen legen oder die Geldpolitik wie schon in der Coronakrise in den Dienst der Staatsfinanzierung und der Konjunkturstimulierung stellen? Man darf gespannt sein.

Kommen Sie gut auch durch diese Krise!

Es grüßt Sie herzlich Ihr

Wenn Sie Interesse am Nachlesen der bisher erschienenen Kolumnen haben, finden Sie diese auf unserer Homepage www.dr-rieden.de